NACHRICHTEN DER



31. JAHRGANG - NR. 339

JULI / HEUERT 2009

Kontakt über: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Vorsitzende: Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.

ERSCHEINUNGSVERMERK

Die **HNG-NACHRICHTEN** erscheinen monatlich und haben allein die Gefangenenhilfe und Fälle staatlicher Repression zum Gegenstand. Die Ansichten einzelner Autoren und Leserbriefschreiber decken sich nicht immer mit den Ansichten der Schriftleitung und des HNG-Vorstands. Die Schriftleitung behält sich Kürzungen vor, wobei versucht wird, Sinnentstellungen zu vermeiden. Artikel und Briefe mit Namensnennung (auch Kürzel) werden von den Autoren verantwortet. Für irrtümlich abgedruckte Plagiate und unverlangt eingesandte Manuskripte und Beiträge wird keinerlei Verantwortung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nur bei beigefügtem Rückporto und nach Ermessen. **V.i.S.d.P.: Mareike Brauchitsch c/o Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.**

Die **HNG-NACHRICHTEN** bleiben solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden sind. Eine Zurhabenahme gilt ausdrücklich nicht als Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Im Falle des Anhaltens oder der Nichtaushändigung sind die **HNG-NACHRICHTEN** mit den Gründen der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden. Mitglieder der HNG e.V. erhalten die **HNG-NACHRICHTEN** kostenlos, ausgenommen, sie sind mindestens 6 Monate mit ihrem Monatsbeitrag im Rückstand. Außenstehende können Einzelexemplare zum Preis von 3,— Euro beziehen (Jahresabonnement: 31,— Euro für 12 Ausgaben). Es handelt sich jeweils um Selbstkostenpreise einschließlich Versandkosten. Die **HNG-NACHRICHTEN** sind ebenso wie die HNG e.V. kein kommerzielles Unternehmen. Eventuelle Überschüsse werden für die karitative Arbeit im Sinne der Satzung der HNG e.V. verwendet.

Ein Richter, der für ein bloßes Meinungsdelikt eine langjährige Haftstrafe verhängt, begeht einen unerträglichen Willkürakt und damit Rechtsbeugung ...
... Rechtsbeugung ist schweres Unrecht. Wenn Rechtsbeugung aber zu Freiheitsentzug führt, handelt es sich um schwerstes kriminelles Unrecht!
(Bundesverfassungsgericht, Az. 2 BvR 2560/95)

An unsere Leser!

Die HNG ist bemüht, die Eingriffe des BRD-Regimes in die politischen Grundfreiheiten nationaldenkender Menschen möglichst lückenlos zu dokumentieren. Bekanntermaßen handelt es sich bei Menschenrechtsverletzungen um Verbrechen, die nicht verjähren. Um die Verantwortlichen später einmal zur Rechenschaft ziehen zu können, brauchen wir möglichst viele Informationen zu den hier benannten Vorfällen. Dazu gehören auch die Namen von Staatsanwälten, Einsatzleitern der Polizei oder Richtern, die mit den jeweiligen Vorgängen zu tun haben. Zwar können wir aus Platzgründen leider nicht jeden Fall sofort in den HNG-Nachrichten abdrucken, dennoch wird jede Mitteilung sorgfältig archiviert und gerät nicht in Vergessenheit! Alle Leser sind deshalb nochmals nachdrücklich aufgefordert, die Schriftleitung über entsprechende Vorfälle möglichst umfassend zu informieren.

Bilanz des BRD-Regimes:

108.562 politische Verfahren wegen Meinungsdelikten (in den letzten zwölf Jahren!)

Das sind allein 108.562 gute Gründe, die HNG zu unterstützen!

Unsere Forderung lautet:

Freiheit für alle verfolgten Nationalisten!

Schluß mit der Gesinnungsjustiz!

RUDOLF HESS -
MÄRTYRER DES FRIEDENS



Als Parlamentär hielten sie Dich 46 Jahre lang schlimmer als ein Tier, menschenunwürdig in ihrem Isolationskäfig, brachen ihre eigenen Gesetze – das Völkerrecht!

Kalt läßt die Antimenschen des deutschen Menschen Schicksal. Für sie und Rudolf Hess: Weder Recht noch Menschlichkeit!

Nach 46 Jahren freilassen, wollte Dich der Russe, aber Du wußtest zuviel von den Lügen gegen das Reich. Ermordet haben sie Dich darum. Deine Mörder kamen vom anglo-usraelischen Geheimdienst. Totgeschwiegen wird es von den Democraten. Verleumdet wirst Du. Am meisten von den Verwaltern der - brddr –

Märtyrer des Friedens bist Du – Rudolf Hess – Träger der geschändeten Wahrheit in Deutschland und - überall in der Welt!

GEFANGENENLISTE

-n.G.- = neuer Gefangener, -n.A.- = neue Anschrift

Ernst Zündel	Herzogenried 111, 68169 Mannheim
Sylvia Stolz	Oberer Fauler Pelz 1, 69117 Heidelberg
Horst Mahler	JVA Stadelheim, Stadelheimer Str. 12, 81549 München

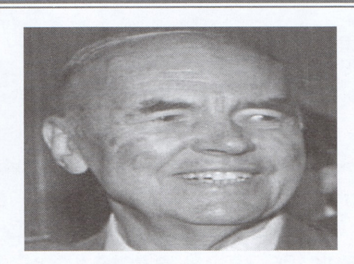
Ausland und BRD-Postausland

Fröhlich Wolfgang	JVA-Josefsstadt/Wickenburggasse 18-22, A – 1082 Wien
Honsik Gerd	JVA-Josefsstadt/Wickenburggasse 18-22, A – 1082 Wien
Killen Edgar Ray	#112906, C.M.C.F., Unit 3 Max, PO Box 88550, Pearl MS 39208, USA
Melton Christopher	TDCJ # 1097949, Central Unit, One Circle Drive, Sugarland, Texas 77478, USA
Priebke Erich	Associazione Uomo e Libertà, Sg. E. Priebke, Via Cardinal San-Felice N 5, I-00167 Roma
Scutari Richard	# 34840-080, U.S.P. CMU, P.O.BOX 1000, Marion, IL, 62959, USA
Trevor Thompson	#11434 - 1946, West U.S. Highway 40, Greenkastle, IN 46135, USA
Ron Bach Shelby	# 547789, Bill Clements Unit, 9601 Spur 591 Amarillo, TX 79107-9606 USA

Briefkontakt wünschen

Bake Daniel	Gartenstr. 26, 48147 Münster
Dahl Sebastian	Seidelstr. 39, 13507 Berlin
Diesner Kay	Marliring 41, 23566 Lübeck
Ganser Manuel	Hinsistobel 34, 88212 Ravensburg/Hinzistobel
Großkopf Rene	Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth -n.G.-
Henning Steve	Haus 2 JVA Friedrich, Obricht-Damm 15-16, 13627 Berlin
Hilprecht Enrico	Anton-Saefkow-Allee 22c, 14772 Brandenburg
Kahlin Sven	Möhlendyck 50, 47608 Geldern
Kietz Bruce	Schnöggersburger Weg 1, 39699 Uchtspringe -.n.G.-
Kreitmair Michael	Abteistr. 10, 86687 Kaisheim
Köper Florian	Werner v. Siemens-Str. 02, 92224 Amberg
Kurth Alexander	Leinestr. 111, 04279 Leipzig
Lehnertz Daniel	JVA Rohrbach, Peter-Caesar-Allee 1, 55597 Wöllstein
Löffelbein-Reusch Tim	Schönbornstr. 32, 76646 Bruchsal
Meinelt Matthias	Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg
Milde Stefan	Am Salztor 5, 06618 Naumburg -n.A.-

Neubacher Martin	Hermann - Herder Str. 8, 79104 Freiburg
Nowack Markus	Langwiedenweg 46, 59487 Werl
Ockenga Christian	Ameos Klinikum, Knollstr. 31, 49088 Osnabrück
Oeltze Oliver	Seidelstr. 39, 13507 Berlin
Reusch Tim-L.	Hermann-Herder-Str. 8, 79204 Freiburg -n.G.-
Rominger Dirk	Schloßstr. 1, 72108 Rottenburg
Russer Alexander	Münchener Str. 29, 85435 Erding
Schillok Lutz	Seidelstraße 39, 13507 Berlin
Schnader Ron	Tündersche Str. 50, 31789 Hameln -n.G.-
Schneeweiß Christian	Tündernsche Str. 50, 31789 Hameln
Schumacher Martin	Herzog-Ried-Str. 111, 68169 Mannheim
Schunke Philipp Marc	Schnedebruch 8, 31319 Sehnde
Theobald Rene	Seidelstr. 39, TA2, 13507 Berlin
Tulke Heiko	Nordring 02, 95445 Bayreuth
Weigel Florian	JVA Oslebshausen, Sonnenstr. 02, 28239 Bremen
Wiese Martin	Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth
Wirth Mathias	Möhlendyck 50, 47608 Geldern -n.G.-
Witt Sascha	Steinstr. 21, 74072 Heilbronn
Werth Robin	Heidestr. 41, 58640 Iserlohn
Zimmermann Ingo	JVA Halle 3, Wilhelm-Busch-Str. 38, 06118 Halle
Zollonds Dirk	Boostedter Str. 30, 24534 Neumünster - n.A.-



Mit dem besten Gruß zum
96. Geburtstag am 29. im Heuert
Unserem hochverehrten Kameraden

Erich Priebke

Ältester Kriegsgefangener der Welt
Politisch-Verfolgter-der Democratie

Ihm sei alle Ehre

Das war es nicht am alten deutschen Heere:
dies Schimmern der Schabracken und Schabrunken...
Es war die Ehre.

Es war auch nicht das Glänzen der Gewehre,
für das Millionen sind ins Grab gesunken –
Es war die Ehre.

Doch dieses Volk versteht nicht seine Lehre!
War es die Waffe, die es fortwarf trunken?
Es war die Ehre!

Für die HNG - Ursel Müller

BRIEFE AN DEN VORSTAND

Wichtig: *Die hier veröffentlichten Briefe an den HNG-Vorstand geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw. Schriftleiters wieder. Namentlich gekennzeichnete Schreiben werden von den Verfassern verantwortet. Grundsätzlich gelten alle Schreiben an die Schriftleitung als Leserzuschriften, es sei denn, es ist ausdrücklich etwas anderes vereinbart.*

Brief von Steve

Heilsa Ursel

Danke für Deinen Brief, habe mich sehr darüber gefreut. Ich komme mir schon lange vor wie Fremd im eigenem Land. Ich bin in Berlin Neuköln aufgewachsen und zur Schule gegangen, wir waren ganze 3 Deutsche in meiner Klasse und das auf einer Realschule. Dies ist nun 5 Jahre her und die Zustände haben sich nicht verbessert. Im Gegenteil, die Schule hält heute den traurigen Rekord, die erste Schule zu sein mit 100% Immigranten Anteil. Schon heute haben in Berlin Neukölln, Wedding, Kreuzberg, Deutsche nichts mehr zu lachen. Der Anteil Jugendlicher mit immigrations- Hintergrund liegt teilweise bei über 50 %. In Nord-Neukölln liegt er bei 80 %. Der Multikultiwahn der Etablierten treibt uns ins Verderben. Ich frage mich, wann wacht das Volk auf? War die Umerziehung der Alliierten Besatzermächte wirklich so erfolgreich? Können sie ein Volk so „verblödet“ haben, daß es nichts mehr merkt?

Wie kann die Regierung die ein ganzes Volk systematisch ins Elend stürzt solange bestehen? Das germanische Osterfest, habe ich unter den gegebenen Umständen gut verbracht. Am 20.04 habe ich 2/3 Anhörung. Die Staatsanwaltschaft hat meinen Antrag abgelehnt und die Abweisung beantragt. Zu Verdanken habe ich das einem Sozialarbeiter und seiner Stellungnahme. Mittlerweile habe ich eine Beschwerde gegen diesen „Menschen“ geschrieben. Denn ich denke das ich mich nicht als Nazi „beschimpfen“ lassen muß und als kleiner Fascho.

Ich freue mich auf Deine Post.
Mit volkstreuen Grüßen
Steve

Brief von Rene´

Liebe Ursel, lieber Kurt!

Am 05.06.09 konnte ich unbeschwert und mit Freude, deinen Brief vom 03.06.09 in Empfang nehmen. Vielen Dank für die beigelegte Kopie der Briefveröffentlichung. Ich hoffe Euch beiden geht es gut und es fehlt euch soweit an nichts. Mir geht es soweit ganz gut, klar könnte es besser sein, aber man kann ja nicht alles haben. Deine Zeilen, betreffend der Hetzte gegen die NPD kann ich dir nur Recht geben. Deutschland ist am Zerfallen und steht vor dem Abgrund und unsere Vorbilds Democraten haben nichts Besseres zutun, als gegen die Nationale Opposition zu Hetzen. Ich bin der Meinung, die geben nicht auf, bis der letzte von uns das zeitliche gesegnet hat oder in Ketten liegt. Ich bin echt

mal gespannt wie lange der Deutsche Michel das noch mit sich machen läßt. Es kann doch nicht sein, daß alle nicht sehen was hier mit uns passiert. Aber solange der BRD Bürger noch einen „Lügentempel" bzw. eine Zimmer Synagoge (Fernseher) hat und noch Bier im Kühlschrank steht, wird er nichts gegen das Herrschende Unrecht unternehmen. Vor geraumer Zeit habe ich im Fernseher etwas Unbegreifliches gesehen. Da haben sich doch tatsächlich Weltweit Millionen von Menschen auch hier in Deutschland auf der Straße getroffen um eine Kissenschlacht zu machen, ich konnte es echt nicht fassen, in Deutschland Hungern Kinder, werden geschändet und wie Abfall in den Müll geschmissen, die Arbeitslosigkeit hat im Moment Hochkonjunktur und da schaffen die es nicht mal auf die Straße zu gehen.

Das ist doch Krank. Deutschland ist zu einer Spaßgesellschaft verkommen. Ich Frage mich echt was noch passieren muß, damit sich das Volk endlich mal wehrt. Es kann doch nicht sein, daß wir die einzigen sind, die sehen was hier los ist. Wie heißt es so schön, „Die Zeit des Redens ist vorbei, es ist Zeit zu Handeln".

So liebe Ursel, ich komme für heute zum Ende. Schöne Grüße an Kurt und den Rest der HNG.

Im Geiste ungebrochen und Frei
Rene´

Brief von Dirk

Liebe Ursel, lieber Kurt!

Habe heute euren Brief erhalten. Es

SOLIDARITÄT

Weltweite Organisationen für nationale politische Gefangene:



Frankreich
Collectif d´ Entraide
aux Prisonniers
Europeens (C.E.P.E.)
B.P. 4-7187
F- 30914 NIMES
cedex 2

Spanien
Alternativa Europea
Ap. correos 877
08080 Barcelona

Serbien
SF/RGJ
P. Fah 138
35000 Jagodina

Neuseeland
Western Destiny
P.O. Box 1627
Parap. Beach

U.S.A.
Thule Publication
PO Box 4542
Portland OR 97208

Liberty Rights Advocates
PO Box 713
JOHNSTOWN
OH 43031 USA

Australien
Australian R.M.
PO Box 2047
Rockingham WA 6168

französisch-amerikanische Gefangenenhilfsgruppe
National Alliance
P.O. Box 90, Hillsboro, WV 24946
www.natall.com

freut mich sehr das die Jahreshauptversammlung so gut verlief und bis zu 200 Kameradinnen und Kameraden anwesend waren. Es stoßen immer mehr junge Leute zu uns langsam verstehen es auch die letzten das es um unser Heimatland schlecht steht und man dagegen etwas tun muß. Daß die HNG schon 30. Jahre besteht habe ich nicht gewußt, ihr laßt euch nicht beirren im Kampf für die Gefangenen, trotz der antideutschen Demokrötenhetze, vieler Arbeit, Kummer und Sorgen. Jeder politische Gefangene dankt euch für die aufopferungsvolle Arbeit, es ist gut zu wissen, daß jemand an und denkt und man nicht vergessen ist. Euch gebührt dafür Ehre und Ruhm! Sobald ich hier raus bin werde ich in die HNG eintreten. Ja, es ist nicht erfreulich, daß die drei Monate noch dazugekommen sind aber die gehen auch schnell vorüber. Nach meiner Haft werde ich wahrscheinlich nach Halle ziehen weil meine Mutter mir mitteilte, daß ich nicht mal vorübergehend wieder bei ihr einziehen darf. Sie meinte ich sollte lieber zur Fremdenlegion gehen. Schade. Aber ich werde es auch ohne ihre Unterstützung schaffen. Nun haben die Demokröten John Demjanjuk eingekerkert, einen alten Mann der krank ist und kaum laufen kann. Es ist schrecklich das man so etwas macht anstatt die wahren Verbrecher zur Rechenschaft zieht zerrt man den alten Mann vor Gericht. Tausende Ausländer toben sich regelrecht an Deutschen aus und lassen unser Land ausbluten während das System einen alten Mann anklagt der nur seine Pflicht erfüllte. Eines Tages wird sich das deutsche Volk erheben und die wahren Verbrecher ihrer gerechten Strafe zuführen. Dann können die Ausländer ihre Koffer packen und in ihrem eigenen Land straffällig werden. Vaterlandsliebe und Nationalstolz lassen sich nicht ständig unterdrücken, trotz Hetze und Ausländerflut. Deutschland ist unzerstörbar und das deutsche Volk kann man weder überfremden noch ausrotten. Viele Kameradinnen und Kameraden kämpfen für den Erhalt und die Identität Deutschlands und schon bald werden wir siegen. Das war es für heute, herzlichen Dank für die Karten, den Brief und die Briefmarken. Euch alles Liebe und Gute und nur das Beste!

Mit volkstreuen Grüßen
Dirk

Brief von Marc

Heil Dir!

Vielen Dank für Deinen Brief und die Marken über die ich mich sehr gefreut habe. Den Text von Friedrich Romig, über die kanonisierte neue Weltreligion, sowie von Alexis de Tocqueville über die Demokratie, fand ich wirklich interessant. Es ist eine Frechheit wenn Politiker in der heutigen Zeit von einer Bewährung der Demokratie und Politik für das Volk sprechen. Wichtige Volksentscheide, wie z.B. bei der Währungsreform oder Verfassung, werden gar nicht berücksichtigt. Und wenn mal einer durchgeführt wird und nicht im Sinne der Obrigkeit ausfällt wird dieser ausgebremst bzw. durch eine Hintertür umgangen so daß von einer Herrschaft des Volkes keine Rede sein kann.

Der Bürger hat noch nicht mal einen Einfluß auf die Wahl des Bundeskanz-

lers oder Bundespräsidenten, nur indirekt, durch die Wahl der zukünftigen regierenden Partei.
Außerdem findet in einer Demokratie keine Zensur statt und die Meinungsfreiheit sollte das höchste Gut einer solchen sein. Davon ist in Deutschland leider kaum etwas zu bemerken. Irgendwann sind nicht einmal mehr die Gedanken frei da es vermutlich in naher Zukunft Scanner geben wird die unsere Hirnaktivitäten auswerten können und bei „falschen" Gedanken sofort Alarm schlagen. Das Buch von Norman G. Finkelstein „Die Holocaust-Industrie" habe ich übrigens gelesen und fand das Beispiel des Schweizers humorvoll aber auch erschreckend. Es steht doch in keinem Verhältnis, wenn ein offensichtlicher Betrug bzw. die Erschleichung von Hilfsgütern nicht geahndet sondern sogar noch in den Himmel gelobt wird. Im Gegensatz dazu aber ein rechtschaffender Mensch, der dem Holocaust etwas kritisch gegenüber steht und dies auch bekundet, mit Geld oder Haftstrafe zu rechnen hat.

Bis dahin, schöne Grüße nach Mainz, vom „Kamerad in Ketten".

Mit kameradschaftlichem Gruß
Marc

Offener Brief an Alois Mannichl

Reinhard Heuschneider
Dösingerried 19
94259 Kirchberg

Herrn
Alois Mannichl,
Polizeidirektor von Passau
Nibelungenstr. 17
94032 Passau

Grüß Gott, Herr Mannichl!

Bereits am 21. 8. letzten Jahres hatte ich Ihnen mittels eines Briefes, anläßlich der Geschehnisse bei der Beerdigung von Herrn Friedhelm Busse, meine Verwunderung über Ihr außergewöhnliches Demokratieverständnis zum Ausdruck gebracht. Sie hatten mich zwar keiner Antwort gewürdigt, aber im Zuge der Messertat-Ermittlung wurde meiner doch noch gedacht. Darüber war ich sehr erfreut, zeigte es doch die lobenswerte Gewissenhaftigkeit der Ermittlungsbehörde. Und wer könnte mehr Interesse daran haben, den Täter endlich gefaßt zu sehen, als wir deutschen Patrioten (umgangssprachlich „Neonazis" genannt). Auch wenn ich zur Klärung leider nicht beitragen konnte - mit grauem Haar und Bart entspreche ich so gar nicht dem von Ihnen beschriebenen Karikatur-Nazi - so hoffe ich doch sehr, daß der Täter bald seiner gerechten Strafe zugeführt werden möge.

Bestärkt in meiner Hoffnung werde ich durch die Tatsache, daß sich so viele namhafte Helfer um Sie geschart haben, wie z. B. die berühmte, für die BRD-Demokratie einfach unersetzliche. Charlotte Knobloch, die nicht nur die Tagesparolen beim Kampf ge-

gen Rechts ausgibt („braune Banden", „Verbrecher" etc.), sondern bereits auf zweijährige polizeiliche, Erfahrungen zurückgreifen kann, da sie 2007 von dem ehemaligen und außerordentlich erfolgreichen bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein zur Ehrenkommissarin der bayerischen Polizei ernannt und in den Polizeidienst übernommen worden ist. (PNP. 1.5.07):

Auch an Konstantin Wecker darf ich erinnern. Der versprach Ihnen schriftlich, als Sie im Krankenhaus lagen, Sie nicht allein zu lassen, sondern „gemeinsam werden wir den braunen Sumpf austrocknen" (PNP vom 17. 12. 08). Erfahrung im kriminellen Milieu kann man Wecker nicht absprechen, schließlich ist er nicht nur als Liedermacher bekannt, sondern auch als 1965 abgeurteilter Räuber von München - Riem, als abgeurteilte Koksnase und nicht zuletzt als Pornodarsteller. Den Medien war nicht zu entnehmen, ob Sie das Angebot dieses Spaßvogels angenommen haben.

Und noch weitere schwergewichtige Profis „in Form der Deutschen Polizeigewerkschaft (DpolG) und ihres Bundesvorsitzenden Rainer Wendt" stehen Ihnen treu zur Seite und haben „100 Prozent Vertrauen" zu Ihnen, wie die PNP am 28. 1. 09 den Lesern verriet. Herr Wendt, wenngleich im Nebel herumstochernd, ist wie Sie überzeugt, der Täter war ein Nazi. „Es gibt keinerlei Grund bei der rechten Szene, die Sektkorken knallen zu lassen. Ein Ermittlungsansatz von mehreren Monaten bei einem Kapitalverbrechen ist überhaupt nichts Ungewöhnliches. Am Schluß kriegen wir sie alle." Hoffentlich! Wird auch langsam Zeit nach fast vier Monaten. In einem aber irrt Rainer Wendt: Ganz egal wer der Täter sein mag, wir Nationalisten werden nicht die Sektkorken knallen lassen, da uns dieses System nur Anlaß zum Weinen gibt, nicht zum Feiern.

Und da ich gerade bei der DpolG bin - noch ein Helfer wäre ins Auge zu fassen: Michel Friedman, bekannt durch den Beinamen .. die moralische Instanz". Die Polizeigewerkschaft weiß nämlich schon lange, was sie an diesem Juwel hat:

Bereits für den 31. Mai 2002 wurde Michel eingeladen, um an der Berliner Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege vor 148 Absolventen des Fachbereichs Polizeivollzugsdienst zu referieren. Dabei sagte er auch (Die Welt vom 1. 6. 02, S. 2), und zwar um den Unterschied der Nazi-Polizei von damals und der Polizei von heute zu dokumentieren: „Vor 60 Jahren holte mich die Polizei zur Deportation ab. Heute schützt sie mich."

Da Michel 1956 geboren wurde, bedeutet das, daß er ein Dutzend Jahre vor seiner Geburt deportiert wurde, woran man übrigens eindringlich die Schlechtigkeit der Nazis ersehen kann, eine Schlechtigkeit, die das Vorstellungsvermögen des normal Sterblichen zweifellos überfordert.

Jedenfalls war die DpolG ungeheuer beeindruckt, sodaß sie den inzwischen vorbestraften Michel (bekanntlich hatte er zwischenzeitlich inkognito als „Paolo Pinkel" seine Geschäftchen verrichtet) für ihren zum 18.9. 2007 anberaumten Bundeskongreß einlud,

um selbigen wieder einmal mit einem sach - und fachgerechten Vortrag zu krönen; Thema: „Die Wertschätzung polizeilicher Arbeit in Politik und Gesellschaft". Laut FOCUS Nr. 30, 2007 „konnte oder wollte ein Gewerkschaftssprecher darin keine Pikanterie erkennen". Wieso sollte er auch? Bei der Verbrechensbekämpfung, zumal in der heutigen Zeit, kann man nicht zimperlich sein.

Und wenn Vorbestrafte auch nicht Ordner bei der Nazi-Kundgebung am 3.1. d.J. in Passau sein durften, so heißt das noch lange nicht, daß ein Vorbestrafter, belastet durch seine Drogenkriminalität und durch seine Verstrickung in widerlichen Menschenhandel und Zwangsprostitution, für die Polizeigewerkschaft nicht ein geschätzter Redner sein darf. Und sollte der Erfolg bei der Verbrechensbekämpfung im allgemeinen und „gegen Rechts" im besonderen einmal ausbleiben (soll mitunter vorkommen), um so mehr ist „Flagge-Zeigen" und „Zeichen-Setzen" angebracht.

A propos „Zeichen-Setzen", das hat die Fürstenzeller Marktgemeinde, anläßlich der Nazi-Kundgebung am 8. 3. 08 auf besonders originelle Weise getan, nämlich mit Verhüllen des Krieger- und Heldendenkmals. Mal ganz im Vertrauen, Herr Mannichl: wer hatte denn diese abstruse Idee? Der 1. Bürgermeister und Ihr enger Freund Franz Lehner? Oder etwa Sie, der Sie außer Ihres Amts als Polizeidirektor von Passau auch noch das eines Gemeinderats von Fürstenzell bekleiden und dort auch sicher ein gewichtiges Wörtchen mitzureden haben? Ich war nämlich Teilnehmer jener Nazi-Kundgebung und dachte im ersten Moment, alberne Knaben hätten sich einen dümmlichen Scherz erlaubt.

Herr Mannichl, so sehr wir deutsche Patrioten an der Aufklärung der Messertat interessiert sind, so nicht weniger an der Klärung der Frage, ob ein der Neutralität und dem Grundgesetz verpflichteter Polizeidirektor sich so verhalten darf wie Sie: Nicht nur die Wirtin von ..Traudls Cafe sah sich durch Sie und Franz Lehner genötigt, sondern auch Wirte in Passau: ..Kein Wirt in der Stadt traue sich mehr, den Rechtsradikalen einen Raum zu vermieten.

Dafür hat Polizeichef Mannichl gesorgt. Er hat die Wirte unter Druck gesetzt. Erfolgreich." (SZ, 9. 1. 09). Und die Frankfurter Rundschau vom 28. 1. 09 ergänzt: „Wer nicht spurte, fand sich in der Lokalzeitung an den Pranger gestellt (...) Ende Dezember 2007 hatte er es gemeinsam mit dem damaligen Oberbürgermeister Albert Zankl (CSU) geschafft: Passau war nazi-frei."

Daß dadurch das GG Art. 3 und somit elementare demokratische Regeln mißachtet werden -und zwar von Funktionsträgern, welche diese Gesetze gerade schützen müßten - ist ein Skandal sondergleichen. Darüber wird noch zu reden sein, denn wer hierzu schweigt, macht sich mitschuldig. Betrachten Sie das Schreiben als offen.

In diesem Sinne verbleibe ich

Reinhard Heuschneider

Dösingerried, den 7. 04. 2009

06/2009 - Gewohnheitsrecht - Rechtswidrige Hausverbote

Seit Jahren kommt es immer wieder vor, daß politisch unkorrekte Deutsche von öffentlichen Veranstaltungen herausgeworfen werden oder ihnen ein Hausverbot erteilt wird, obwohl sie die Versammlung nicht stören, sondern einfach nur anwesend sein wollen.

Gegen diese Diskriminierung haben nun endlich zwei Betroffene Rechtsmittel eingelegt und sind auch erfolgreich gewesen.

Im Fall 1 wurde dem Oberbürgermeister der Stadt Rastatt zugetragen, daß bei einem Festakt zum Tag der deutschen Einheit auch ein rechtsgerichteter Bürger als Zuhörer teilnehmen wolle, der Behördenvertreter sprach daraufhin ein Hausverbot aus. Das VG Karlsruhe stellte durch Urteil vom 21.02.2008, Az. 6 K 3221/06, fest, daß dieses Hausverbot rechtswidrig gewesen war. Zur Begründung hieß es, daß es der Oberbürgermeister versäumt hatte, den Betroffenen vorher, ggf. auch telefonisch anzuhören, und daß der bloße Hinweis ohne konkrete, nachvollziehbaren Anhaltspunkte, daß durch den Kläger Störungen drohten, viel zu ungenau und unbestimmt war, als daß er ein Hausverbot rechtfertigte. Im Fall 2 nahm ein NPD-Mitglied an einer Gedenkveranstaltung der Stadt Oberhausen zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz teil. Ein ebenfalls an der Versammlung teilnehmendes Mitglied des „Kommunalen Bündnisses für Demokratie, Toleranz und Fremdenfreundlichkeit" erkannte das NPD-Mitglied und forderte dieses auf, die Veranstaltung zu verlassen.

Der Behördenvertreter der Stadt Oberhausen forderte daraufhin das NPD-Mitglied auf, den Saal zu verlassen. Das VG Düsseldorf stellte durch Urteil vom 22.04.2009, Az. 18 K 3166/08, fest, daß das Hausverbot rechtswidrig gewesen war.

Zur Begründung hieß es, daß das NPD-Mitglied die Versammlung nicht gestört habe, und daß die Tatsache, daß sich andere Personen durch ihn gestört gefühlt hätten, ihn weder zum Störer noch zum Zweckveranlasser gemacht hätten. Vielmehr hätte der Behördenvertreter mäßigend auf die Veranstaltungsteilnehmer einwirken müssen. Das rechtswidrige Hausverbot kostete die Behörden jeweils 900,- € Anwaltskosten.

Das Deutsche Rechtsbüro bittet daher um folgendes:

1. Verhalten Sie sich friedlich und gewaltfrei.

2. Wenn Sie dennoch von Behörden diskriminiert werden und z.B. ein Hausverbot erleiden, legen Sie bitte Rechtsmittel ein.

3. Fordern Sie die oben genannten Entscheidungen aus unserem Archiv an.

4. Senden Sie uns Gerichtsentscheidungen und Meldungen zu Diskriminierungen und zu anderen juristischen Fragen für unser Archiv.

Es ist nur so gut und so aktuell, wie es von Ihnen die entsprechenden Nachrichten erhält!

Deutsches Rechtsbüro im
Deutschen Rechtsschutzkreis e.V.,
Postfach 400 215, 44736 Bochum

www.deutsches-rechtsbuero.de

Bundestag beschließt verbesserte Rechte für U-Haftgefangene

Der Rechtsschutz für Untersuchungsgefangene wird verbessert. Die Verbesserungen sind Teil eines Gesetzentwurfs zur Reform des Untersuchungshaftrechts, den der Deutsche Bundestag heute verabschiedet hat.

„Untersuchungshaft ist mit weitreichenden Grundrechtseingriffen verbunden. Wenn U-Haft angeordnet wird, geht es oft nicht nur um die Freiheitsentziehung selbst, sondern auch um begleitende Maßnahmen wie Postkontrolle oder Besuchsbeschränkungen. Mit dem Gesetz wird das U-Haft-Recht deutlich rechtsstaatlicher ausgestaltet. All diese Eingriffe müssen im Hinblick auf die Unschuldsvermutung und das Freiheitsrecht des Beschuldigten sorgfältig abgewogen werden. Dazu bedarf es transparenter und klarer gesetzlicher Regelungen sowohl für die Anordnung solcher Maßnahmen als auch für den Rechtsschutz gegen sie. Beides wird mit der vorliegenden Novelle erreicht. Die Rechte Inhaftierter werden zudem durch die Festschreibung gestärkt, dass ein Festgenommener schriftlich über seine Rechte zu belehren ist - und das unverzüglich, nicht wie bisher, erst bei Beginn der Vernehmung. Wichtig ist vor allem, dass U-Gefangene künftig von Beginn der Haft an einen Pflichtverteidiger erhalten und ihren Verteidigern in der Regel auch schon vor dem Abschluß der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen Akteneinsicht zu gewähren ist. Nur so ist ein effektiver Rechtsschutz möglich", sagte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries.

Die vorgeschlagenen Änderungen gehen überwiegend auf eine veränderte Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern nach der Föderalismusreform zurück. Den Bundesländern steht nach dieser Reform die Regelungskompetenz für das „Wie", also für den Vollzug von U-Haft, zu. Dazu gehören etwa Vorschriften über die Ausstattung des Haftraums, über die Verpflegung der Gefangenen, über

die Arbeit von Gefangenen in der Haft, aber auch Bestimmungen mit dem Ziel, die Sicherheit und Ordnung in der Anstalt sicherzustellen (z. B. Einzelhaft). Der Bund hat dagegen weiterhin die Gesetzgebungszuständigkeit für das „Ob“ der U-Haft (Anordnung der U-Haft, Voraussetzungen und Dauer). Außerdem kann er auch solche Regelungen treffen, die zur Abwehr von Flucht-, Verdunkelungs- und Wiederholungsgefahr erforderlich sind (z.B. Verbot der Kontaktaufnahme mit anderen Tatbeteiligten). Bislang werden beide Bereiche in der Strafprozeßordnung und der sie konkretisierenden Untersuchungshaftvollzugsordnung - einer Verwaltungsanordnung der Länder - einheitlich geregelt. Die verfassungsrechtlich veränderte Kompetenzlage macht eine rechtsstaatlich klare Trennung beider Bereiche erforderlich. Der Bund muß diejenigen Materien in der StPO regeln, die in der Bundeskompetenz verblieben sind. Zugleich soll die Novelle dazu dienen, Rechte der Betroffenen zu verbessern.

Im Einzelnen:
Die Strafprozeßordnung regelt nach geltendem Recht vor allem die Anordnungsvoraussetzungen einer Untersuchungshaft und Maßnahmen, die nötig sind, um Verdunkelungs-, Flucht- und Wiederholungsgefahr abzuwenden.

Beschränkungen, die über die reine Freiheitsentziehung hinausgehen, werden bisher durch die Untersuchungshaftvollzugsanordnung konkretisiert. Da diese nach Erlaß der Untersuchungshaftvollzugsgesetze der Länder künftig wegfallen wird, werden die Voraussetzungen, unter denen solche Beschränkungen angeordnet werden können, nunmehr vollständig und rechtsstaatlich transparent in der Strafprozeßordnung geregelt. Gleiches gilt für Rechtsbehelfe gegen solche Beschränkungen.

Beschränkende Anordnungen nach der StPO nur im Einzelfall
Zu den Beschränkungen, die U-Haftgefangenen über die Freiheitsentziehung als solche hinaus zur Abwehr von Flucht-, Verdunkelungs- und Wiederholungsgefahr auferlegt werden können, gehört vor allem die Überwachung der sog. Außenkontakte. Das Erfordernis von solchen Beschränkungen ist nach dem neuen Gesetz von der zuständigen Stelle im Einzelfall genau zu prüfen. Standardmäßig geltende Beschränkungen unabhängig von den Erfordernissen des konkreten Falls sieht die Neuregelung anders als die bisherige Untersuchungshaftvollzugsordnung nicht vor. Damit wird der Unschuldsvermutung, nach der jeder Untersuchungsgefangene bis zu seiner rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig gilt, Rechnung getragen.

Richtervorbehalt und Rechtsmittel
Die im Einzelfall gebotenen Beschränkungen müssen grundsätzlich durch ein Gericht angeordnet werden, dem auch die Ausführung obliegt (Richtervorbehalt). Das Gericht kann die Ausführung jedoch widerruflich auf die das Verfahren leitende Staatsanwaltschaft übertragen, die sich bei dieser Aufgabe - je nach den Erfordernissen des Einzelfalls - auch der Hilfe durch die Polizei oder die Vollzugsanstalt bedienen kann. Mit der Novelle wird zugleich ausdrücklich klargestellt, dass und welche Rechtsmittel Inhaftierten

gegen Beschränkungen in der Haft zur Verfügung stehen. Im Zuge des Übergangs der Gesetzgebungskompetenz für die Art und Weise (das „Wie") des Vollzugs der Untersuchungshaft an die Länder werden diese in ihren Vollzugsgesetzen Vorschriften vorsehen, nach denen Gefangenen Beschränkungen auferlegt werden können, um die Sicherheit und Ordnung in den Vollzugsanstalten zu gewährleisten. Der Rechtsschutz gegen solche Maßnahmen ist aber Teil des gerichtlichen Verfahrens, das weiterhin in der Zuständigkeit des Bundes liegt. Die Neuregelung enthält daher auch Bestimmungen zu Rechtsbehelfen von Inhaftierten gegen Entscheidungen der Vollzuganstalten, die der Aufrechterhaltung der Anstaltsordnung dienen (z. B. Benutzung von Fernsehgeräten oder Disziplinarmaßnahmen).

Erweiterte Belehrungspflicht

Nach geltendem Recht muß ein Beschuldigter nicht bereits im Moment der Festnahme, sondern erst zu Beginn der Vernehmung des Beschuldigten über seine Rechte belehrt werden. Künftig sind festgenommene Personen unverzüglich und schriftlich etwa darüber zu belehren, dass sie spätestens am Tag nach der Ergreifung einem Richter vorzuführen sind, dass sie Zugang zu einem Verteidiger oder einem Arzt und das Recht haben, keine Aussage zu machen. Damit wird sichergestellt, dass Beschuldigte so früh wie möglich umfassend über ihre Rechte aufgeklärt werden („Letter of rights").

Präzisierung des Akteneinsichtsrechts

Das Akteneinsichtsrecht für Inhaftierte und ihre Verteidiger wird verbessert. Nach dem bisherigen Wortlaut des Gesetzes kann die Staatsanwaltschaft die Einsichtnahme in die Ermittlungsakten vollständig verweigern, wenn dadurch der Untersuchungszweck gefährdet wird. Dies hat die Verteidigungsmöglichkeiten gegen eine Freiheitsentziehung erheblich beschränkt. Künftig wird ein gesetzlich ausdrücklich geregelter Anspruch auf Überlassung zumindest derjenigen Informationen bestehen, die für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Inhaftierung erforderlich sind. Dieser Informationsanspruch ist im Regelfall durch Gewährung von Akteneinsicht zu erfüllen. Mit diesen Änderungen wird auch der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte Rechnung getragen. Pflichtverteidiger von Beginn der U-Haft an Bislang war dem U-Haftgefangenen ein Pflichtverteidiger zwingend erst nach Ablauf von drei Monaten Haft zu bestellen. In Anbetracht des tiefgreifenden Grundrechtseingriffs, der mit der Inhaftierung eines bis zur rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig geltenden Menschen verbunden ist, ist es rechtsstaatlich geboten, die Beiordnung eines Verteidigers auf den Zeitpunkt des Beginns der U-Haft vorzuziehen. Damit wird sichergestellt, dass der Beschuldigte seine Rechte von Anfang an effektiv wahrnehmen kann. Mit dieser Änderung wird auch entsprechenden Empfehlungen des Europarates entsprochen.

Das Gesetz bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrats. Es tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

Berlin, 28. Mai 2009

Von Democraten hochgeehrt worauf die Bundeswehr Eide schwört

Erst die Angst, im eigenen militärischen Sektor in den Hintergrund gedrängt zu werden, hat die Verschwörer mobilisiert Im Grunde ist die Revolte vom 20. Juli bei ihren reaktionären Teilnehmern nicht aus irgendeinem Gefühl der Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk oder gegenüber der Welt entstanden. Es war die Sorge um das Schicksal ihrer Klasse und ihres Besitzes, die diese Leute veranlaßt hat, den Versuch des Eingreifens und damit die Rettung ihrer Güter und ihrer sozialen Stellung zu unternehmen.

Dr. Kurt Schumacher, SPD

Verbietet nur, verbietet ruhig weiter

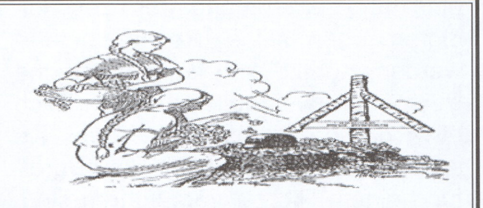
In einem Antrag (Drs. 16/13369) fordert die FDP-Bundestagsfraktion, ein Verbot des Vereins „Hilfsgemeinschaft für nationale und politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) zu prüfen. Der Verein verhindere die Resozialisierung der inhaftierten Rechtsextremisten, so die Liberalen.

„Dem Verein kommt in erster Linie eine Rolle als Integrations- und Vernetzungsfaktor in der rechtsextremistischen Szene zu. Sie (sic!) sorgt an unauffälliger, aber gefährlicher Stelle für eine nachhaltige Stabilität.“ heißt es in der Begründung des FDP-Antrages.

Quelle:
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/133/1613369.pdf

Wir trauern um den

Kameraden Rübesamen
ᛉ 1926 – ᛣ24.05.2009





Wir gratulieren den Kameraden
Tanja Oettig und Ronny Kuntzsch

ganz herzlich zu ihrer Heirat am
11.05.2009.



Wir geben die Geburt unseres
Sohnes bekannt.

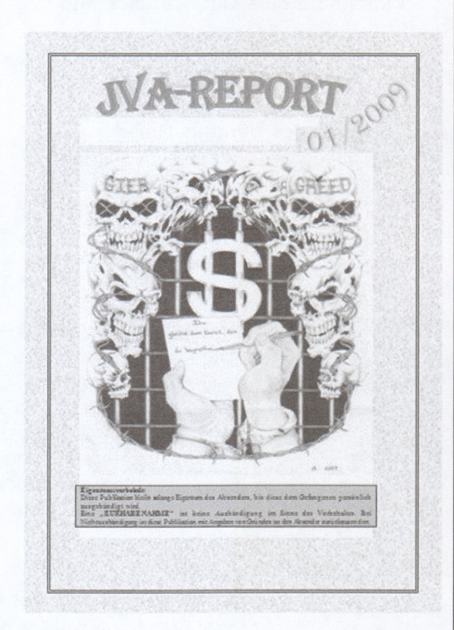
Frithjof-Wolfram-Dieter
16. Brachet 2009

Wir sind Stolz und Glücklich
Familie Riefling

JVA-REPORT AUSGABE 01/2009

Inhaltsübersicht:
- -Eine Begegnung mit Aphrodite
- -Weltanschauung und Gestaltung
- -Der zukünftige Wert deines Geldes
- -Revolutionstheorie
- -Analyse der „austriakischen" Gesinnungsjustiz und deren Repressionsmaßnahmen gegen sich zum Deutschtum bekennende Menschen innerhalb der „demokratischen Republik Österreich"!
- -Unvergeßliche Helden
- -Ein Staat voller Lügen - die Bundesrepublik Deutschland
- -Im Gespräch mit den inhaftierten Kameraden Kay Diesner

Thule-Seminar, Frankentag, Demonstration in Gräfenberg, Witze, Zitate uvm.



Der Preis einer Ausgabe beträgt 1,98 T€uro plus Porto. Bezugsadressen: jva-report@web.de oder JVA-Report; Postfach 2121; D - 26403 Wittmund
Weltnetz: www.jva-report.national-socialism.org

Mit dem Erlös verschicken wir kostenlos eine Ausgabe an die deutschsprechenden inhaftierten Kameraden im In- und Ausland. Sollte darüber hinaus ein Gewinn erzielt werden, verwenden wir das Geld für ein Kleidungspaket für den inhaftierten Kameraden Lutz Schillok.

VERNETZUNG

Deutsches Rechtsbüro
www.deutsches-rechtsbüro.de
Bildungswerk Hoffmann v. Fallersleben
www.fallersleben-bildungswerk.de
Exilstaat VODR (GDO, NDO, StDO)
www.vodr.net
Aktionsbündnis Norddeutschland
www.widerstandnord.com
Soziales u. Nationales Bündnis Pommern
www.snbp.info
Die Kommenden/Triskele
www.die-kommenden.net/triskele
zeitgeschichtliche Bücher
www.privatarchiv-rueckert.de
Gemeinschaft Deutscher Frauen
www.g-d-f.de
Aktionsbündnis Mitteldeutschland
www.nwbb.org
Arbeitskreis Computertechnik im Freistaat Preußen
www.preussen.forum8.biz
Nationales Bündnis Dresden
www.nationales-buendnis-dresden.de

Nordisches Hilswerk
www.nordischeshilfswerk.org
NPD-Wetterau
www.npd-wetterau.de
NPD-Mecklenburg und Pommern
www.npd-mv.de
Holsteiner Widerstand
www.holsteiner-widerstand.tk
Bücherherold
www.buecherherold.com
Lausitz Infos
www.lausitz-infos.net
UN Nachrichten
www.un-nachrichten.de
Freier Widerstand Bergisches Land
www.fw.nationales-netz.com
NPD Emsland / Grafschaft Bentheim
www.npd-emsland-bentheim.de
Nordland Verlag
www.nordland-verlag.com

BUCHEMPFEHLUNG



Welsch, Die verklärte Diktatur
Der Autor analysiert den Widerstand in und außerhalb der DDR, hinterfragt kritisch die These einer DDR-Opposition, beschreibt das gegenwärtige Geschichtsbild, skizziert die Repression des MfS, die Haftbedingungen politischer Häftlinge, vergleicht NS- und SED-Verfolgung und geht über das hinaus, was an Forschung hierzu bis heute ermittelt wurde. Und das liest sich wie eine Aneinanderreihung unglaublicher Staatsverbrechen

Art.Nr.: PD-01944 EURO 24,90,-



Landhoff, Die Opfer des 20. Juli 1944
Wer könnte es wagen, Kritik zu üben an diesen Trägern öffentlicher Heiligenscheine wie Claus von Stauffenberg und seinen Mittätern, diesen Stars eines gerade abgedrehten Hollywood-Spielfilms mit Tom Cruise in der Hauptrolle, diesen Traditionsstiftern für die deutsche Bundeswehr und Helden einer konservativen Berliner Wochenzeitung? Der Autor wagt diesen Tabubruch...

Art.Nr.: PD-01781 EURO 25,95,-

Zu Bestellen beim Pommerschen Buchdienst
Pasewalker Str.36 - 17389 Hansestadt Anklam
Tel. & Fax 03971/241533 - Mobilfunk 0175/2505352
Weltnetz: www.pommerscher-buchdienst.de

SCHWARZE LISTE

Barth Sven
Baumgarten Jens
Benack Marco
Beringer Thomas
Bloch Heiko
Bühring Dennis
Fellgiebel Mario
Fürstenberg Daniel
Erdmann Susanne
Gerboth Christian
Gerlach Vico
Gerlach Thomas
Glaser Sebastian
Güttler Thomas
Haarmann Melanie
Herdan Alexander
Heidemann Heiko
Hein Stephan
Janke Betty
Johansson Nicole
Krüger Alexander
Kuhl Stefanie
Karnath Alexander
Krautheim Jörg
Leidenfrost Reinhold
Leining Stefan
Lobeck Sven
Modrzewski Martin
Milch Jörg
Müller Tino
Nowka Mike
Ozanna Christoph
Philipp Isabell
Plewka Ralf
Preuß Mark
Raddatz Karl Werner
Reinholz Gordon
Rühringer Markus
Scherf Jonas
Schnell Gerhard
Stamm Nina
Sievert Marcel
Steiner Roman
Sommer Reiner
Thom Sebastian
Zerbe Daniel
Zeinoff Fabian
Zwarg Andre



HNG KONTONUMMER:
HNG U. Müller, VR Bank Mainz,
BLZ 550 604 17, Kt.-Nr.: 97683
Bitte fällige Beiträge nachzahlen und
bestehende Daueraufträge überprüfen.





WICHTIGER HINWEIS:
Bei Geldspenden an Kameraden immer erst
mit diesen Rücksprache halten!
Niemals einfach an die Haftanstalten überweisen.
Das Geld könnte in die falschen Hände geraten!



UNBEDINGT BEACHTEN!
Neue Wohn- oder Postanschrift bitte sofort dem HNG Vorstand mitteilen! Solltet Ihr einmal keine Post von uns erhalten so gebt uns bitte umgehend Bescheid.

Es gelten folgende Beitragssätze für Mitglieder der HNG:

ermäßigter Monatsbeitrag für sozial Schwache wie Arbeitslose, Lehrlinge, Umschüler etc. **4,- Euro**

für Normalverdiener, **7,- Euro**

Danke!

...sagt der Vorstand der HNG
allen Kameradinnen und Kameraden,
insbesondere
N. Kl. – G. Sch. – St. Wieg. – C. Schmi. – M. T. aus A. – G. Lin. – Ge. Bendna. – Fr. Kreis NS-OS - M. Schwar. - Ja. Burgh. - für ihre Geld- und Sachspenden, mit denen sie die Gefangenenhilfe unterstützt haben.

DAS KETZERBREVIER

(K)EINE REGEL OHNE AUSNAHME

„DEUTSCHLAND IST DAS EINZIGE LAND,
WO MANGEL AN POLITISCHER BEFÄHIGUNG DEN WEG ZU
HÖCHSTEN EHRENÄMTERN SICHERT.

SO WIE GEWISSE NATURVÖLKER SCHWACHSINNIGEN
GÖTTLICHE EHRUNGEN ENTGEGENBRINGEN,
SO VEREHREN DIE DEUTSCHEN DEN POLITISCHEN
SCHWACHSINN UND HOLEN SICH VON DORTHER IHRE
POLITISCHEN FÜHRER.“

CARL VON OSSIETZKY

Bitte hier abtrennen und einsenden an: Ursel Müller, Sägewerk 26, D - 55124 Mainz-Gonsenheim

ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene (HNG) e.V. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Bestätigung dieses Antrages.

☐ Von der Satzung des Vereins habe ich Kenntnis genommen.
☐ Die Satzung soll mir zugeschickt werden.

NAME: VORNAME:

GEBURTSTAG: GEBURTSORT:

WOHNORT: STRASSE:

BERUF: TELEFON:

E-POST-ADRESSE: MOBIL-TELEFON:

DATUM: UNTERSCHRIFT:

Es könnte von Vorteil sein, wenn Sie uns die Anschrift des/der nächsten Angehörigen mitteilen.

NAME und ANSCHRIFT: